

FNB Gas - Stellungnahme

zum Festlegungsentwurf „REGENT 2026“
(BK9-23/610)

Berlin, 13.02.2025

Über FNB Gas:

FNB Gas e.V. ist der Zusammenschluss der überregionalen deutschen Fernleitungsnetzbetreiber. Seine Mitglieder betreiben zusammen ein rund 40.000 Kilometer langes Leitungsnetz für den Transport von Erdgas und errichten gemeinsam das rund 9.000 Kilometer lange Wasserstoff-Kernnetz. Die Vereinigung unterstützt ihre Mitglieder bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen und regulatorischen Verpflichtungen. Zudem koordiniert sie die integrierte Netzentwicklungsplanung für Gas und Wasserstoff auf der Transportnetzebene. Darüber hinaus tritt die Vereinigung für die aktive Förderung eines sicheren, wirtschaftlichen, umweltgerechten und klimafreundlichen Betriebs der Gastransportinfrastruktur sowie für ihre kontinuierliche Weiterentwicklung an die Bedarfe des zukünftigen Energiesystems ein.

Mitglieder der Vereinigung sind die Unternehmen bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, NaTran Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH.

Gerne nutzt der FNB Gas die Gelegenheit zur Stellungnahme, die im Rahmen der am 13. Dezember 2024 gestarteten Konsultation zur Festlegung einer Referenzpreismethode sowie der weiteren in Art. 26 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2017/460 genannten Punkte für alle im bundesweiten Ein- und Ausspeisesystem tätigen Fernleitungsnetzbetreiber (BK9-23-610, „REGENT 2026“) eingeräumt wurde. Wir bitten um Berücksichtigung der nachfolgenden Anmerkungen:

1. Referenzpreismethode

Die im Festlegungsentwurf vorgesehene Beibehaltung der einheitlichen Briefmarkenentgelte als Referenzpreismethode für die Bildung von Referenzpreisen durch die im deutschen Marktgebiet tätigen Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) wird von uns unterstützt. Ihre diesbezügliche Argumentation halten wir weiterhin für sehr schlüssig und nachvollziehbar. Die Fortführung der Briefmarkenentgelte hat sich über viele Jahre etabliert und bietet den Marktakteuren auch zukünftig Planungssicherheit.

2. Entfall Berichtspflicht

Der in Rz. 308 des Festlegungsentwurfs aufgeführte Entfall der in den Vorgängerversionen festgelegten Anzeige- und Berichtspflichten wird von den FNB vollumfänglich unterstützt. Der durch Tenorziffer 10b der REGENT 2021-Festlegung (BK9-19/610) verlangte Bericht zur Bewertung des Mengenrisikos nach Art. 7 S. 2 lit. d der Verordnung (EU) 2017/460 inklusive der Angaben zur technischen verfügbaren Kapazität, der prognostizierten, durchschnittlich kontrahierten, unangepassten Kapazität, der prognostizierten, durchschnittlich kontrahierten, angepassten Kapazität sowie der Erlöse aus Fernleitungsdienstleistungen wurde auf Wunsch der BNetzA seit Frühjahr 2021 über das in 10b beschriebene Maß der REGENT 2021-Festlegung hinaus durch Angaben über tatsächliche Buchungen erweitert. Die über die Festlegung hinausgehenden Datenabfragen, gepaart mit der Notwendigkeit der Beauftragung eines externen Gutachters zur Aggregation der Daten, haben den administrativen Aufwand der FNB deutlich erhöht. Daher begrüßen die FNB den Verzicht dieser Berichtspflicht aufgrund der etablierten Anwendung der Briefmarke als Referenzpreismethode.

3. Fernleitungsdienstleistungen und Systemdienstleistungen gemäß Art.26 Abs. 1 lit. c Ziffer ii) der Verordnung (EU) 2017/460

3.1 Marktraumumstellungsumlage

Entgegen der Vorgängerfestlegung (REGENT 2021, BK9-19/610) wird die Marktraumumstellungsumlage nicht als Systemdienstleistung eingestuft (vgl. Rz. 282). In Bezug auf die Marktraumumstellungsumlage führen Sie weiter aus, dass dies keinerlei praktische Konsequenzen mit sich bringt (Rz. 287). Dies begrüßen wir.

3.2 Biogasumlage

Die Bundesnetzagentur legt in Rz. 288 ff. des Beschlussentwurfes zu REGENT 2026 dar, dass sie nicht beabsichtigt, die Biogasumlage weiterhin als Systemdienstleistung im Sinne des Art. 4 VO (EU) 2017/460 (NC TAR) einzustufen. Die FNB plädieren für eine der Rz. 287 entsprechende, abschließende Aussage zur grundsätzlichen Zulässigkeit und Fortführung der Biogasumlage und nicht nur hinsichtlich der in der Kooperationsvereinbarung Gas (im Folgenden: KoV) geregelten Modalitäten.

In Rz. 289 wird auf die nationalen verordnungsrechtlichen Grundlagen der Biogaskostenwälzung in § 20b GasNEV hingewiesen sowie auf die nähere Ausgestaltung in der KoV, die ihrerseits hinsichtlich der "Modalitäten der Umlage" nicht auf rechtliche Bedenken stoße. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass die Biogasumlage – anders als die in Rz. 282 ff. behandelte Marktraumumstellungsumlage – nicht im EnWG abgesichert ist und dass die GasNEV, die nur noch bis 31.12.2027 gilt, auf die Vorschriften der GasNZV verweist. Diese Verweise in § 20b GasNEV laufen ab 01.01.2026 leer, so dass derzeit selbst für Bestandsanlagen unklar ist, ob die Biogasumlage weiterhin erhoben werden darf. Der Prozess zur Berechnung der Biogasumlage startet bereits im August 2025. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass der Gesetzgeber bis zu diesem Zeitpunkt über den Fortbestand der Biogasumlage (etwa durch eine Verankerung im EnWG) entscheidet. Die Netzbetreiber benötigen daher etwas mehr Ausführungen zur Übergangszeit, mindestens, bis die GasNEV außer Kraft tritt. In der Festlegung REGENT 2026 oder der GasNEF sollte daher klargestellt werden, dass der Verweis des § 20b GasNEV auf die GasNZV-Vorschriften und die damit angeordnete bundesweite Kostenwälzung mindestens so lange für Bestandsanlagen fortgilt, bis die GasNEV ausläuft. Ebenso wäre eine Übergangslösung für die Kosten aus der Zahlung von vermiedenen Netzentgelten erforderlich, die nach § 20a GasNEV bisher für die Dauer von 10 Jahren zugesichert wurde. Dies ist dringend geboten, um wenigstens hinsichtlich der Bestandsanlagen weiterhin die Kostenwälzung rechtssicher durchführen zu können. Mittlerweile hat die BNetzA eine Vorkonsultation zur Überführung der GasNEV in eine Festlegung (GasNEF) gestartet. Daher werden wir diesen Hinweis in der Stellungnahme zu dieser Konsultation ebenfalls anbringen.

4. Nachlässe für erneuerbare und kohlenstoffarme Gase

Gemäß Rz. 17 ist es sachlich logisch, die Regelung zur entgeltfreien Einspeisung von Biogas aus der Tenorziffer 1 der Festlegung REGENT 2021 zu streichen. Grund dafür ist die Regelung der Nachlässe für erneuerbare und kohlenstoffarme Gase von 100 % bzw. 75 % an Einspeisepunkten aus Erzeugungsanlagen für erneuerbares und kohlenstoffarmes Gas gemäß Art. 18 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a und UAbs. 2 der Verordnung (EU) 2024/1789. Was die in Rz. 17 genannte Geltungsfrist ab 05.02.2025 betrifft, besteht unseres Erachtens ein Umformulierungsbedarf bzgl. der Frist für Einspeisepunkte aus Erzeugungsanlagen sowie für Speicher. Gemäß Art. 18 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2024/1789 gilt der Netzentgeltnachlass ab dem Zeitpunkt "der Netzentgeltfestsetzung". Da die nächste Netzentgeltfestsetzung erst im Mai 2025 für die Entgelte

im Jahr 2026 erfolgt, wäre eine Referenzierung auf den Wortlaut aus der Verordnung und damit auf den 01.01.2026 als Geltungsbeginn wünschenswert.

Wir begrüßen, dass die Bundesnetzagentur sich gemäß Rz. 18 weiterhin eine Möglichkeit zur Nutzung einer Ausnahmegenehmigung gemäß Art. 18 Abs. 5 der Verordnung (EU) 2024/1789 offenhält.

Auf Grund zahlreicher bestehender nationaler Fördermaßnahmen sehen wir die rechtliche Grundlage für die Nutzung einer Ausnahmegenehmigung gemäß Art. 18 Abs. 5b der Verordnung (EU) 2024/1789 als gegeben an und unterstützen diese.